

## RONALD LÖTZSCH

### Einer virtuellen DDR zum 50.

#### *Das Ende*

In diesem Monat hätte die DDR ihren 50. Jahrestag begehen können, wäre sie nicht vor neun Jahren abgeschafft worden. Beseitigt nicht etwa von außen, nicht vom »Klassenfeind«, sondern einfach abgewählt von einer Zweidrittelmehrheit ihrer eigenen Bürger bei der ersten geheimen Wahl zur DDR-Volkskammer.

Denn seit 1950 war das DDR-Wahlvolk gehalten, statt zu wählen nur zu »falten«, sich also zum »Faltvolk« degradieren zu lassen. Und das nach dem Vorbild der staatlichen und Parteioberen in aller Öffentlichkeit. Um den Bürgern den Verzicht auf das demokratische und eigentlich auch gesetzlich zugesicherte Recht der geheimen Wahl zu erleichtern, waren bei entsprechenden Veranstaltungen in den fünfziger Jahren und vielleicht auch noch später mancherorts Wahlkabinen einfach »vergessen« bzw. der Zugang zu ihnen erschwert worden. Vor der ersten Volkskammerwahl im Oktober 1950 verkündeten SED-Funktionäre in meinem Heimatkreis gar, der Bleistift sei – das Werkzeug des Klassenfeindes. Doch allmählich gewöhnte sich die Mehrheit an die öffentliche Falterei. Selbst bei den Kommunalwahlen im Mai 1989 fürchteten nicht wenige noch, die Benutzung der Kabine könnte ihnen Nachteile bringen. Und wer gegen diese Pervertierung eines demokratischen Vorgangs mit seiner Gegenstimme protestieren wollte, mußte schon sämtliche Namen auf der Liste durchstreichen. Blieb auch nur einer ungestrichen, galt dies als Zustimmung. Im Extremfall mußte sich selbst streichen, wer den Spielraum für eine sinnvolle Beteiligung an der Kommunalpolitik durch Zugehörigkeit zu einer Vertretung etwas erweitern und gleichzeitig protestieren wollte. Das offiziell verkündete Ausmaß der Zustimmung war ungeachtet einiger Abstriche noch immer beträchtlich. Wie wir allerdings wenig später erfahren, war die Zahl der »Ja-Stimmen« darüber hinaus trotzdem noch nach oben »korrigiert« worden.

Ich habe die Volkskammerwahl vom 18. März 1990, die gemeinhin als die erste »freie« Wahl in der DDR bezeichnet wird, hier bewußt die erste geheime Wahl genannt. Denn das war sie.

Ganz »frei« war sie nicht. In der DDR grassierte schon die demagogische Parole von dem »einen« Volk, von dem damals viele meinten, daß es zusammengehöre und das Willy Brandt bereits zusammenwachsen sah. Trotz des Protestes von Volkskammerpräsident Günther Maleuda gegen diese Einmischung konnten bundesdeutsche Politiker auf Wahlveranstaltungen in der DDR

Ronald Löttsch – Jg. 1931, Prof. Dr., Sprachwissenschaftler (Arbeiten vor allem zu Sprachtypologie und Kontaktlinguistik), Minderheitenforscher (Sorabist), Berlin, 1951 bis 1956 Studium in Leningrad, 1956 bis 1960 Haft im Zuchthaus Bautzen II wegen angeblicher konterrevolutionärer Aktivitäten

1 Zur Frage der BRD-Einmischung in den Wahlkampf siehe auch Hans Modrow: Ich wollte ein neues Deutschland, Berlin 1998, S. 410. Selbst Gorbatschow war von seinem Botschafter Falin aufgefordert worden, »die westdeutschen Politiker zu ermahnen, sich nicht in die Angelegenheiten der DDR einzumischen und diese nicht bereits jetzt als bundesdeutsche Domäne zu betrachten. Gorbatschow jedoch bremste nichts und niemanden.« (A. a. O., S. 416).

2 In der Berliner Zeitung vom 22. Februar 1990 auf einer Seite mit der Überschrift: »BZ stellt vor: Deutschlandpolitische Aussagen vor der Wahl«. Die hier unmittelbar anschließend zitierten Aussagen sind ebenfalls dieser Veröffentlichung entnommen.

3 Ausführlich zu diesem komplizierten Diskussionsprozeß siehe Walter Schmidt: Das Zwei-Nationen-Konzept der SED und sein Scheitern. Nationsdiskussionen in der DDR in den 70er und 80er Jahren, Hefte zur ddr-Geschichte 38, Berlin 1996.

ungehindert das Blaue vom Himmel herunter versprechen. Bundeskanzler Kohl verhieß in Dresden unter frenetischem »Helmut«-Gebrüll höchstpersönlich »blühende Landschaften«.<sup>1</sup>

Für den CDU-Vorsitzenden Lothar de Maizière stand die Einheit Deutschlands auf der Tagesordnung. Deshalb forderte er im Wahlkampf, sie müsse »in kürzester Zeit vollzogen sein«, und drängte auf schnelle Herstellung der Währungs- und Wirtschaftsunion.<sup>2</sup> Vertreter anderer Parteien der bereits verblichenen Nationalen Front waren zurückhaltender. Der LDP-Vorsitzende Ortleb beispielsweise erklärte, seine Partei strebe eine »mit Augenmaß betriebene möglichst baldige Vereinigung« an. Der neue Vorsitzende der NDPD Wolfgang Rauls mahnte, die Herstellung der deutschen Einheit dürfe nicht »Europa überholen«.

Die Parteien und Bewegungen ohne Blockflötenvergangenheit waren noch vorsichtiger. So erklärte z. B. Konrad Weiß als Sprecher von »Demokratie jetzt«, die Einheit Deutschlands könne nur im Ergebnis eines gegenseitigen Annäherungsprozesses hergestellt werden. Für die Vereinigte Linke, für die die Vereinigung von DDR und BRD »im Grunde nicht auf der Tagesordnung« stand, sah deren Medienreferentin Marion Seelig »eine Entwicklung in Richtung einer Vertragsgemeinschaft mit zwei Staaten einer Nation, bei gegenseitiger staatlicher Anerkennung«. Selbst die gerade erst in SPD umbenannte SDP zögerte. Ihr »1. Sprecher« Hilsberg, heute ein kalter Krieger, wie er im Buche steht, warnte vor einem »chaotischen Anschluß«, denn »Teil der NATO kann die DDR selbstverständlich auch nicht werden«.

Die PDS war hin und her gerissen. Einerseits fühlten sich die meisten ihrer Mitglieder immer noch – 1990 vielleicht auch angesichts der offenkundigen Krise ihrer Partei und ihres Staates in stärkerem Maße wieder – als Deutsche. Die Proklamierung einer angeblich eigenständigen DDR-Nation, wie sie Ulbricht um die Jahreswende 1970/71 vorgenommen hatte, war jedenfalls selbst in der SED auf völliges Unverständnis gestoßen. Die ab 1974 kolportierte These »Staatsbürgerschaft DDR – Nationalität deutsch«<sup>3</sup> hatte eher noch größere Verwirrung gestiftet, war aber hingenommen worden, da man ja wenigstens »Deutscher« bleiben konnte. Dennoch fand die Losung »Deutschland – einig Vaterland«, die Regierungschef Hans Modrow Anfang Februar 1990 nach einem Moskau-Besuch verkündete, eher verhaltenen Anklang.

Auf der bereits zitierten Seite der Berliner Zeitung mit Wahlkampfaußagen vertrat das Mitglied des PDS-Vorstandes Jochen Willerding den Standpunkt: »Die deutsche Einheit steht jetzt nicht auf der Tagesordnung. Aber auf die Tagesordnung gerückt ist die Lösung der deutschen Frage ... Ich sehe folgende Schritte: zügiger Abschluß einer Vertragsgemeinschaft, Herausbildung konföderativer Strukturen, Schaffung einer deutschen Konföderation mit gemeinsamen Organen im Sinne eines Deutschen Bundes ... Wir wollen einen auf Demokratie, Antifaschismus, sozialen Fortschritt, Humanismus und Frieden gerichteten Prozeß der Annäherung ... Die Interessen der DDR-Bürger müssen durch eine starke, souveräne, eigenstaatliche DDR in den historischen Prozeß eingebaut werden.«

Die PDS warnte denn auch mit den fundiertesten Argumenten vor einem überstürzten Anschluß. Vor allem Gregor Gysi erinnerte immer wieder daran, daß es keine Instanz mehr geben würde, bei der die dann ehemaligen DDR-Bürger verletzte Rechte einklagen könnten, wenn sie sich bedingungslos den in der BRD herrschenden Kreisen auslieferten. Doch die Warner hatten keine Chancen. Die Wahlen gewann die schwarze »Allianz für Deutschland« mit ihrem buntscheckigen Anhang nicht zuletzt dank ihrem Winken mit der »harten« Mark. Parolen wie »Kommt die D-Mark, bleiben wir, kommt sie nicht, gehen wir zu ihr« taten ein übriges.

Dabei war die Euphorie der Maueröffnung nach ersten Begegnungen mit Brüdern und Schwestern im Westen bereits einer gewissen Ernüchterung gewichen, und auch die Hysterie im Zusammenhang mit der Einführung der DM legte sich bald wieder.

Angst vor Arbeitslosigkeit breitete sich allmählich aus. Man brauchte kein studierter Ökonom oder Finanzexperte zu sein, um zu begreifen, daß die Einführung einer Währung, über die die traditionellen Abnehmer von Waren der DDR-Industrie nicht verfügten, diese über Nacht ruinieren mußte. Nur die Berater des Bundeskanzlers hatten angeblich eine solche Entwicklung nicht voraussehen können.

Die Veröffentlichung des sog. Einigungsvertrages, den Schäuble seinem willfährigen DDR-Verhandlungspartner Krause wohl eher diktiert denn abgehandelt hatte, hätte eigentlich so manchem schon die Augen öffnen müssen, der der nach dem 18. März zu bildenden Regierung mit seiner Stimme die Blankovollmacht für eine fast bedingungslose Kapitulation erteilt hatte.

Es ist viel darüber gerätselt worden, wie diese Verblendung zu erklären sei. Auch mancherlei Verschwörungsspekulationen sind, namentlich bei zur Verklärung der DDR-Wirklichkeit Neigenden, noch immer im Schwange. Den Ausschlag dürfte das Demokratiedefizit gegeben haben, die Verbitterung über die jahrzehntelange Bevormundung durch eine zunehmend geist- und seelenlosere Politbürokratie, die ohne jene grobschlächtige demagogische Agitation im Stile von Schnitzlers »Schwarzem Kanal« nicht auskommen zu können glaubte, sie nicht nur zuließ, sondern forderte.

### *Virtuelle Auferstehung*

Seit dem Anschluß der DDR an die Alt-BRD sind neun Jahre vergangen. Die im Einigungsvertrag vorgesehene rechtliche Diskriminierung der Ostdeutschen ist kaum geringer geworden. Noch immer erhalten sie nicht gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Die schleichende Enteignung zugunsten ominöser Alteigentümer oder deren Erben geht weiter. Die Massenarbeitslosigkeit, ausgelöst durch den nach der Einführung der D-Mark unvermeidlichen und durch die planmäßige Plattmache der Treuhand zu katastrophalen Ausmaßen gesteigerten Ruin der ostdeutschen Wirtschaft sowie durch die »Abwicklung« der einheimischen Intelligenz, ist seit längerem schon annähernd doppelt so hoch wie im Westen, und der Abstand wird ständig größer. Die Lüge, dies alles sei die Folge der »SED-Mißwirtschaft«, wird zumindest von denen längst nicht mehr geglaubt, die unmittelbar miterlebt haben, wie hochmoderne,

mit Erfolg auf dem Weltmarkt konkurrierende DDR-Betriebe von der Treuhand für ein Butterbrot an irgendwelche Gauner verschachtelt wurden, die anschließend die neuen Maschinen ins Ausland verschierbelten, mit »Transfer«-Mitteln irgendwelchen Ramsch aufstellten und dann den Betrieb in die »Gesamtvollstreckung« trieben, wie die Pleite im Osten umschrieben wird. Und die es selbst erlebt haben, erzählen es natürlich weiter. Oder wer denkt in diesen Tagen der Prozeßeröffnung in Bremen nicht an die Macher-schaften der Vulkan-Manager, die ostdeutsche Werften um Hunderte von Millionen DM prellten?

Kein Wunder also, daß diese anhaltende pauschale Benachteiligung bei vielen Ex-DDR-Bürgern ein Umdenken bewirkte. Und zwar auch bei nicht wenigen, die den Anschluß 1990 bejubelten.

Von Umfrage zu Umfrage wird deutlicher, daß »sich die Ostdeutschen eine kollektive Identität als Ostdeutsche (auf)bauen«.<sup>4</sup> Seit der amerikanische Soziologe Marc Howard die ostdeutsche Identität 1995 als Merkmal einer »ethnischen Gruppe« beschrieb<sup>5</sup>, wird die »Ethnisierung« der sog. Mauer in den Köpfen immer wieder thematisiert. Vorwiegend von Nichtdeutschen. Wie Rudolf Woderich selbst in dem zitierten UTOPIE-Aufsatz und wie aus der von ihm angeführten Literatur deutlich wird, reagieren auch ostdeutsche Soziologen zunehmend positiv auf eine solche Interpretation. Westdeutsche neigten hingegen dazu, wie Woderich schreibt<sup>6</sup>, vor der »Falle« zu warnen, in die sich die Ostdeutschen begeben könnten, denn Ostidentität erschwere schließlich »Selbsthilfe und Hilfe«. Man hört die Nachtigall trapsen. Es ist ein in der Geschichte vielfach bezeugtes, hier allerdings nicht näher zu behandelndes Phänomen, daß sich der Teil eines Ethnos, der nicht zur Abspaltung tendiert, sich mehrheitlich nicht damit abfinden möchte, daß der andere Teil sich abspaltet.<sup>7</sup>

Westdeutsche Politiker und ihre Nachbeter im Osten reagieren meist mit Wehklagen ob der »Mauer«, des »Grabens« oder der »Kluft«. Ansonsten fallen ihnen in der Regel nur Appelle ein, man solle sich doch der Herstellung der »inneren Einheit der Nation« nicht länger widersetzen. Auf den Gedanken, die Politik der Bevormundung, Fremdbestimmung und Diskriminierung zu beenden, die doch die Voraussetzung für die Vertiefung des »Grabens« ist, kommt kaum jemand. Da wird eher noch mit »Liebesentzug«, mit Reduzierung oder Einstellung der »Transferleistungen« gedroht, wie im vorigen Jahr aus Bayern wegen PDS-Nähe der Osis oder erst kürzlich von Eichel wegen Vorbehalten ostdeutscher Länderregierungen gegen das berüchtigte »Sparpaket«.

Dabei wird deutlich, daß die Genese der ostdeutschen Identität ein parteiübergreifendes Phänomen ist. Auch in den westdominierten Parteien steckt der Spaltpilz, so sehr sich botmäßige Ostfunktionäre auch bemühen, dies zu kaschieren.

Die PDS ist wieder hin und her gerissen. Die ostdeutsche Mehrheit ihrer Mitgliedschaft tendiert natürlich schon aufgrund ihrer Verwurzelung in der DDR zur Distanz zum übergestülpten Staat. Die winzige westdeutsche Minderheit eher noch stärker, obwohl ihr dieser Staat nicht übergestülpt wurde und sie die DDR-Wirklichkeit nur vom Hörensagen kennt. Manche Altlinke dürften wohl

4 Heiner Meulemann: Werte und nationale Identität im vereinten Deutschland, Opladen 1998, S. 17, zit. nach Rudolf Woderich: Ost-Identität – Residuum der Vereinigung oder Phänomen der »langen Dauer«?, in: UTOPIE kreativ, H. 105, S. 51-60.

5 Marc Howard: Die Ostdeutschen als ethnische Gruppe? Zum Verständnis der neuen Teilung des geeinten Deutschlands, in: Berliner Debatte INITIAL, H. 4/5 1995, S. 119-131.

6 Ebenda, S. 51.

7 Es sei in diesem Zusammenhang auf die in meinem Aufsatz »Was ist ein Volk und was eine Nation?« (UTOPIE kreativ, H. 103/104, S. 15-30) angeführte Abspaltung der Ukrainer und Belorussen vom altrussischen bzw. der Makedonier vom bulgarischen Ethnos verwiesen, die manche russischen bzw. nicht wenige bulgarische Intellektuelle noch immer nicht akzeptieren wollen.

auch die Legenden und Mythen der SED-Propaganda für die Wirklichkeit gehalten haben.

Andererseits gibt es noch große Illusionen hinsichtlich der Möglichkeiten zur Schaffung einer starken gesamtdeutschen Linken. Und so abwegig ist dieser Gedanke ja auch nicht angesichts des rasanten, geradezu an Selbstmord erinnernden Niedergangs der SPD.

Das Bild, das die Medien in dieser Frage bieten, ist schillernd. Im allgemeinen dominiert Ablehnung. Auch Verächtlichmachung und Diffamierung kommen vor. Ein Glanzstück dieser Art leistete sich beispielsweise der »Spiegel« in der Ausgabe vom 6. September 1999. Einerseits bringt er eine sachliche Schilderung des derzeitigen Zustandes der Beziehungen zwischen Ost- und Westberlinern<sup>8</sup>, in der der Leiter des Berliner Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung Axel Schmidt-Gödelitz mit der Feststellung zitiert wird, »der Graben« zwischen der alten Frontstadt West-Berlin und der ehemaligen Hauptstadt der DDR sei »tiefer geworden«. Wenige Seiten davor<sup>9</sup> aber wird der untaugliche Versuch unternommen, nicht nur die wissenschaftliche Beschäftigung mit konkreten Erscheinungen der Ostidentität<sup>10</sup>, sondern auch die Träger spezifisch ostdeutscher Eigenschaften<sup>11</sup> verächtlich und lächerlich zu machen.

Nicht zuletzt solche Begleitmusik läßt vermuten, daß die beobachtete Ethnisierung zu einer echten Ethnogenese werden, also zur Entstehung eines neuen Ethnos führen könnte. Denn kaum etwas kann angebliche »Separatisten« in ihrem Bestreben nach Eigenständigkeit mehr bestärken, als wenn ihnen ihr »Separatismus« ständig vorgeworfen wird.

Feiert die DDR-Nation seligen Gedenkens fröhliche Urständ? Ja und nein! Natürlich wurzelt dieser Prozeß in der jahrzehntelangen, zeitweilig nahezu vollständigen Abgrenzung der DDR von der BRD und damit der Isolierung der ostdeutschen Bevölkerung von der Westdeutschlands. Wie ich in dem in Fußnote 7 angeführten Aufsatz zu zeigen versucht habe, beruht ja Ethnogenese grundsätzlich auf der Isolierung von Populationen.

Solange die Isolierung jedoch von oben verordnet ist und von den Betroffenen nur widerwillig erduldet wird, kann sie kurzfristig nicht die Herausbildung eines neuen Ethnos zur Folge haben. Polen war 123 Jahre, von 1795 bis 1918 unter drei Staaten aufgeteilt. Seine Bevölkerung hat sich jedoch nie damit abgefunden. Sie betrachtete sich auch während dieser Zeit stets als zusammengehörig und wuchs nach der Wiedervereinigung schnell und relativ problemlos wieder zusammen.

Eine ganz andere Situation liegt vor, wenn sich der Abspaltungsprozeß aus dem Widerstand gegen Fremdbestimmung ergibt. Und genau damit haben wir es seit dem – wohlgemerkt, mehrheitlich freiwillig erfolgten – Anschluß der DDR an die Alt-BRD zu tun. Warum die in erster Linie dem rheinischen Kapital verpflichteten herrschenden Kreise der Bonner Republik so kurzfristig waren, eine Bevölkerung, deren Mehrheit sich freiwillig ausgeliefert hatte, im Unterschied zur Wiedereingliederung des Saarlandes derart massiv vor den Kopf zu stoßen, liegt auf der Hand. Es war ein gutes Stück Rache mit im Spiel. Rache dafür, daß sich diese Bevölkerung, weniger aus freien Stücken denn mit tatkräftiger

8 Karen Andresen: Trotz und Vorurteil. Wo einst die Mauer stand, ist kaum noch zu erkennen. Doch Ost- und Westberliner fremdeln noch immer, S. 74f.

9 Stefan Berg: Löffeln auf ostdeutsch. Überall im Ostteil Berlins finden sich die Reste der »Hauptstadt der DDR« – nicht nur zu Stein geworden in der einstigen Stalinallee oder am Majakowskiring, sondern auch in den Köpfen der Menschen, S. 70f. Im Text wird diese These des Untertitels folgendermaßen periphrasiert: »Doch wie in keiner anderen Stadt hält sich in Berlin, der einstigen DDR-Vorzeigemetropole, neben der neuen Normalität (sic!) zugleich ein Bewußtsein, das in der DDR nicht nur wurzelt, sondern auf dem alten Humus weiterwächst.«

10 Im direkten Anschluß an den in Fußnote 9 zitierten Satz heißt es weiter: »Dietrich Mühlberg, früher der Papst der DDR-Kulturwissenschaftler an der Humboldt-Universität und nun abgewickelter Professor, hat die ostdeutschen Besonderheiten zu einer Art Rassen-theorie des Osis verquirlt. Was ostdeutsch ist und wer ostdeutsch ist, erkennt er wenigstens auf den zweiten Blick. Und natürlich ist es besser als westdeutsch.«

11 Die »studierte Psychologin und Ökonomin«, die heute (warum wohl?) am U-Bahnhof Weberwiese einen Presse-Shop betreibt, muß sich vom »Spiegel« als »Ausstellungsstück aus dem DDR-Freiluftmuseum« beschimpfen lassen.



Mithilfe der sowjetischen Besatzungsmacht, 44 Jahre lang der Kontrolle eben dieses Kapitals entzogen hatte.

Mit dieser Kausalität hängt zweifellos auch zusammen, daß der Ethisierungsprozeß so erstaunlich schnell nach dem Anschluß begann. Daß er ein Phänomen der »langen Dauer« sein kann, wird von ostdeutschen Experten – Rudolf Woderich deutet es schon im Titel des zitierten Aufsatzes an – zumindest nicht ausgeschlossen.

*Wie weiter?*

Wie ist nun mit dieser Situation umzugehen? Die herrschenden Kreise der bisherigen Bonner, nunmehrigen Berliner Republik und die ihnen dienenden Parteien fordern nach wie vor die »innere Einheit«, also Anpassung, Unterwerfung, Assimilation, und vergiften damit die Atmosphäre im Staate.

Denn daß in dieser angeblich wiedervereinigten Bundesrepublik zwei Gesellschaften nebeneinander existieren, wird mittlerweile von vielen anerkannt.<sup>12</sup> Wie also wären die Beziehungen zwischen ihnen zu regeln? Das Mindeste wäre uneingeschränkte Gleichberechtigung. Und das nicht nur für die Ossis als Individuen.

Daß ihre ostdeutsche Identität Verteidigenden und dabei auch auf Erhaltenswertes aus der DDR Verweisenden immer wieder vorgehalten wird, sie wollten »ihre DDR« wiederhaben, hat es fast zur Pflichtübung werden lassen, dies vehement zu verneinen.

Warum eigentlich? Meine Antwort wäre: Lieber heute als morgen! Natürlich nicht jene zentralistische, von einer vergreisten Politbürokratie beherrschte und mit Mauer und Stacheldraht von der Außenwelt abgeschottete »Deutsche Demokratische Republik«, die nichts weniger als demokratisch war. Aber ein Verbund ostdeutscher Länder, in der auch die unbestreitbaren Errungenschaften der DDR wieder zur Geltung kommen würden, als autonomer Bestandteil einer wirklich föderalen Bundesrepublik ohne die jetzige Fremdbestimmung erschiene mir durchaus erstrebenswert.

Dazu bedürfte es allerdings endlich der nach dem Anschluß der DDR wieder verschleppten Modernisierung des Grundgesetzes.

Denn in Wirklichkeit ist der vielgepriesene BRD-Föderalismus in hohem Maße bloße Fassade. Alles Wesentliche wird von der Bundesregierung bzw. groteskerweise vom Bundesverfassungsgericht entschieden. Wenn Wesentliches wie der Minderheitenschutz oder die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer in die Kompetenz der Länder verwiesen wird, dann um die Realisierung zu erschweren oder ganz zu verhindern.

Insbesondere bedürfte es der Ersetzung des Artikels 116 des Grundgesetzes, dem noch immer das höchst antiquierte bundesdeutsche Staatsbürgerschaftsrecht zugrunde liegt, durch einen Artikel, der den Schutz und die Förderung aller ethnischen Minderheiten, der alteingesessenen wie der neu zugewanderten, zum Gegenstand hätte. Die im Entstehen begriffene ostdeutsche könnte wegen ihrer zahlenmäßigen Stärke auf besonderen Schutz und besondere Förderung verzichten. Ihr würde die Anerkennung ihrer Gleichberechtigung genügen.

12 Selbst ein neoliberaler Ideologe wie Arnulf Baring spricht recht gelassen von »zwei Völkern« in Deutschland.